

# Vormietrecht nur für Alteingesessene

Am 23. Juni entscheidet das Hünenberger Stimmvolk über die Mietkonditionen gemeindeeigener Wohnungen.

Felix Ertle

Die Wohnungsknappheit beschäftigt auch Hünenberg. Nur 19 der rund 3800 Wohnungen in Hünenberg waren im vergangenen Jahr frei verfügbar. Das zeigen aktuelle Zahlen vom Bundesamt für Statistik. Vor allem günstiger Wohnraum ist knapp – und das dürfte so bleiben, wenn die Gemeinde nicht gegensteuert.

Genau das plant der Gemeinderat. Gemäss laufender Ortsplanungsrevision beabsichtigt dieser Einzonungen im gesamten Gemeindegebiet, um Platz für mehr Wohnraum zu schaffen. Gleichzeitig möchte er preisgünstiges Wohnen stärker ermöglichen, insbesondere in Wohngebäuden in Gemeindebesitz. Konkret geht der Gemeinderat davon aus, dass nach Annahme der Ortsplanungsrevision bis ins Jahr 2040 rund 200 preisgünstige Wohnungen erstellt werden könnten.

## Am Montag wird Motion der Jungen Mitte behandelt

Besonders ins Gewicht fällt dabei das Gebiet Rony. Dort könnten auf gemeindeeigenem Land insgesamt etwa 130 neue Wohnungen entstehen. Geplant sind rund 94 Wohnungen im unteren Preissegment sowie 36 mit marktüblichen Mieten. Die entscheidende Urnenabstimmung zur Revision findet zwar erst am 28. September statt. Doch schon am kommenden Montag gibt es Gelegenheit, über Kosten und ein mögliches Vormietrecht der Wohnungen zu debattieren: Dann wird im Rahmen der Gemeindeversammlung eine entsprechende Motion der Jungen Mitte behandelt, die von Peter Niederberger, Fiona Köppel und David Burkhardt eingereicht wurde.



Die Häusergruppe um die Kirche St. Wolfgang in der warmen Abendsonne.

Bild: Erich Würigler (Hünenberg, 29. 4. 2025)

Die Junge Mitte Hünenberg fordert erstens ein Vormietrecht für langjährige Hünenbergerinnen und Hünenberger bei gemeindeeigenen Wohnungen. Konkret sollen Personen bevorzugt werden, die seit mindestens zehn Jahren in Hünenberg oder seit über zwanzig Jahren im Kanton Zug wohnen. Zudem soll das Angebot an Gemeindewohnungen ausgebaut und gefördert werden. Sie sollen zu erschwinglichen Mieten an die einheimische Bevölkerung mit mittlerem Einkommen vermietet werden.

Der Gemeinderat unterstützt beide Motionsbegehren in ihrer Stossrichtung. Das geht aus der

Botschaft zur Gemeindeversammlung hervor. Er führt jedoch aus, dass weder Bürgerort noch Nationalität für ein mögliches Vortrittsrecht relevant sind. Rechtlich liesse sich die Motion dennoch an die Wohnsitzdauer in der Gemeinde oder im Kanton binden. Das gedenkt der Gemeinderat im Falle einer Erheblicherklärung durch die Stimmberechtigten umzusetzen.

## Gegenwind kommt von der SVP

Auch die Mitte, die Grüne Hünenberg und die GLP stehen hinter den Motionsbegehren. Unter anderem schreibt Rita Hofer,

Co-Präsidentin Grüne Hünenberg: «In Anbetracht der aktuellen Bauvorhaben der Gemeinde erscheint es uns richtig, dass die Hünenberger Bevölkerung bevorzugt wird.» Gegenwind kommt von der SVP. Die Partei lehnt die Motion ab. Parteipräsident Thomas Villiger nennt den Vorstoss verfrüht. «Zuerst muss die Ortsplanungsrevision unter Dach und Fach sein. Alles andere schafft Abhängigkeiten», sagt er. Die SVP wolle sich nicht unter Druck setzen lassen, der Revision aufgrund der Motion zustimmen zu müssen.

Zwar teilt die Partei die Sorge über fehlenden Wohnraum,

sieht aber nicht die Gemeinde in der Verantwortung. «Es ist nicht Aufgabe des Staates, selber Wohnungen zu bauen und zu vermieten», sagt Villiger. Die Gemeinde solle vielmehr gute Rahmenbedingungen schaffen, damit private Anbieter bauen könnten. «Wenn der Staat baut, wird es teuer.»

Die Hünenberger SP hat bis Redaktionsschluss auf die Anfrage unserer Zeitung nicht reagiert. Ob die Motion für den Gemeinderat verbindlich wird, entscheidet letztlich die Stimmbewölkerung: am 23. Juni, ab 19.30 Uhr, im Saal Heinrich von Hünenberg.

## Digitalisierung des Postdienstes

**Kanton Zug** Das Projekt «ePost Zug» hat die Digitalisierung des Postdienstes in der kantonalen Verwaltung zum Ziel. Seit der Einführung im Jahr 2024 haben 16 Ämter auf die E-Post-Zustellung umgestellt, wie die Baudirektion Zug mitteilt. Dies entsprechen 30 Prozent der insgesamt 53 Ämter ohne die kantonalen Gerichte. Weitere Ämter würden dazukommen.

Die im Dienstleistungszentrum eingehenden Postsendungen werden vorsortiert, digitalisiert und den Empfängern elektronisch zugestellt. Aktuell werden laut Mitteilung monatlich rund 2000 Sendungen gesammelt. Dies entsprechen rund 20 000 erfassten Seiten pro Monat. «Die E-Post ist ein bedeutender Schritt auf dem Weg zu einer digitalisierten Verwaltung», lässt sich Baudirektor Florian Weber in der Mitteilung zitieren. Die Transformation würde die behördlichen Geschäftsprozesse effizienter machen. Im Rahmen des Folgeprojekts «ePost extend» werden die Einführungen in weiteren Ämtern folgen. (tos)

## Rechnung schliesst mit Mehrertrag

**Neuheim** An der Bürgergemeindeversammlung Neuheim vom 16. Juni genehmigten die 34 anwesenden Bürgerinnen und Bürger die Rechnung 2024 einstimmig. Das teilt die Bürgergemeinde in einer Mitteilung mit. Die Rechnung schloss dabei mit einem Mehrertrag von rund 27'000 Franken ab. Auch das Budget 2026 wurde einstimmig genehmigt. Der Bürgerrat rechnete hier mit einem Mehraufwand von 4'560 Franken. Trotz des budgetierten Defizits habe die Bürgergemeinde auf die Erhebung von Steuern verzichtet, heisst es weiter. Zudem habe die Versammlung Kenntnis der erfolgten Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern genommen. (tos)

## Wiskemann zurück beim SC Cham

**Fussball** Der SC Cham begrüsst mit Marin Wiskemann einen «altbekannteren und beliebten Spieler» zurück in der Mannschaft, teilt der Verein mit. Wiskemann spielte zwischen 2020 und 2023 bereits für den SC Cham und erzielte in 80 Pflichtspielen 41 Tore. Nach Stationen beim FC Baden in der Challenge League und zuletzt beim FC Rapperswil-Jona in der Promotion League, wo er 9 Treffer in 27 Spielen erzielte, kehrt der Angreifer nun ins Eizmoos zurück. «Der 1,88 Meter grosse Mittelstürmer überzeugt nicht nur mit seiner Präsenz im Strafraum, sondern auch mit seiner Fähigkeit, das Spiel mitzugestalten», heisst es in der Mitteilung. Wiskemann soll eine wichtige Stütze im Team werden und die jüngeren Mitspieler in ihrer Entwicklung unterstützen. (tos)

## Zuger Ansichten

# Soll Frühfranzösisch bleiben?

Erneut wird darüber diskutiert, ob das Frühfranzösisch aus dem Lehrplan gestrichen werden soll. Auch im Kanton Zug liegt ein politischer Vorstoss auf dem Tisch, der genau das verlangt: Französisch soll nicht mehr in der Primarschule unterrichtet werden, sondern erst später in der Oberstufe.

Es ist verständlich, dass sich viele Gedanken machen über den Unterricht, den Lerndruck und über das, was hängen bleibt. Sind es aber wirklich die drei Französischlektionen pro Woche, die die Schülerinnen und Schüler unter Druck setzen? Genau deshalb sollten wir über die Lerninhalte und die Ausgestaltung des Unterrichts sprechen – nicht über dessen Abschaffung. Französisch gehört zu unserem Land. Es ist keine beliebige Fremdsprache. Es ist eine der vier Landessprachen und verbindet

uns mit Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Dieser Brückenschlag beginnt nicht erst in der Sekundarstufe – er sollte von Anfang an Teil der Bildung sein.

Der Kanton Thurgau wollte das Frühfranzösisch vor einigen Jahren streichen. Die Begründung: Der Nutzen sei nicht erwiesen, die Kinder überfordert. Ich frage mich: Ist es sinnvoll, bei Schwierigkeiten die Lerninhalte zu streichen oder sollten wir stattdessen überlegen, wie wir den Unterricht so anpassen können, dass es die Schülerinnen und Schüler mehr motiviert?

Luzern hat sich für den zweiten Weg entschieden. Dort wird diskutiert, wie man den Französischunterricht verbessern kann – mit mehr praktischer Anwendung, mehr Kultur, mehr Freude am Sprechen. Dies ist

der richtige Ansatz. Kinder können sehr wohl Sprachen lernen, wenn sie entsprechend unterrichtet werden.

Frühfranzösisch ist nicht einfach ein Fach wie jedes andere. Es geht auch um Werte wie Respekt gegenüber anderen Sprachgemeinschaften, Chancengleichheit und nationale Verbundenheit. Wer in der Schule früh mit Französisch in Kontakt kommt, baut Hemmungen ab. Und wer Französisch versteht, versteht auch unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Romanandie besser.

Es wäre schade – ja, aus meiner Sicht sogar etwas kurzsichtig – jetzt einfach zu sagen: «Es bringt zu wenig, also streichen wir es.» Denn Sprachen brauchen Zeit. Und wer früh beginnt, hat später Vorteile. Im Beruf, auf Reisen, aber auch im

Kopf. Das Primarschulalter ist optimal, um eine Sprache zu erlernen. Das Erwerben von Lernstrategien beim Sprachenlernen kann auf weitere Lerninhalte übertragen werden, und zwar ein Leben lang.

Wenn Zug das Frühfranzösisch abschafft, wäre das ein Signal. Nicht nur an die Schulen, sondern auch an die französischsprachige Schweiz. Das Signal wäre: «Eure Sprache ist für uns nicht mehr so wichtig.» Natürlich soll man über Reformen sprechen. Vielleicht braucht es Anpassungen bei den Lehrmitteln, kleinere Gruppen, mehr Austausch mit einem Gspändli aus der Romanandie. Eine zentrale Änderung wurde im Kanton Zug mit der Einführung des Lehrmittels «Dis Donc» gemacht. Es bietet einen abwechslungsreichen Unterricht und knüpft am Alltag der Schülerinnen

und Schüler an. All das können und sollen wir diskutieren. Das Ziel darf nicht die Abschaffung sein – sondern die Aufwertung.

Sprachen zu erlernen, öffnet den Kindern Türen. Wollen wir sie für alle schliessen? Qu'en pensez-vous?



Michèle Schmid-Schuler, Kantonsrätin SP, Cham

## Hinweis

In der Kolumne «Zuger Ansichten» äussern sich Kantonsrätinnen und Kantonsräte zu einem frei gewählten Thema. Ihre Meinung muss nicht mit jener der Redaktion übereinstimmen.